

Gemeinsames Positionspapier der BEE Landesvertretung Berlin Brandenburg zu den energiepolitischen Herausforderungen im Land Brandenburg

Die Fachverbände Biogas und Windenergie sowie der Verein Berlin-Brandenburg Energy Network haben als energiepolitische Akteure in einem gemeinsamen Papier der Landesvertretung Berlin Brandenburg ihre Positionsbestimmungen zu den energiepolitischen Herausforderungen des Landes Brandenburg formuliert.

Mit dem Koalitionsvertrag hat sich die neue Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 2030 einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch zu erreichen. Dazu soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien so erhöht werden, dass auch der zusätzliche Strombedarf im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie gedeckt werden kann. Vertreter der Länder, gerade auch aus Brandenburg, haben engagiert an der Erarbeitung des Koalitionsvertrages mitgewirkt. Jetzt gilt es, die politischen Ziele der Bundesregierung auf der Landesebene zu flankieren.

Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums bilanziert erstmals die Beschäftigungsentwicklung in der Energiewirtschaft von 2000 bis 2016. Das Ergebnis ist beeindruckend: 338.600 Menschen arbeiteten 2016 im Bereich Erneuerbarer Energien. Die Erneuerbaren Energien machen somit knapp die Hälfte der 690.000 Arbeitsplätze in der Energiebranche aus. Unter den Erneuerbaren Energien liegt die Windkraft mit 160.000 Arbeitsplätzen an der Spitze, gefolgt von der Biomasse (105.600), Solarenergie (45.2000), Geothermie (20.3000) und Wasserkraft (7.300).

Brandenburg ist Energieland. Davon zeugen die vielen tausend Brandenburgerinnen und Brandenburger, die ihren Arbeitsplatz in der Energiebranche gefunden haben. Die aktuelle politische Diskussion zeigt aber auch, dass der regulative Rahmen im Land Brandenburg enger wird. Immer weniger Flächen werden für die Erneuerbaren Energien ausgewiesen, die Akzeptanz gegenüber den Erneuerbaren Energien sinkt spürbar und zusätzliche Regularien erschweren die Erbringung der zahlreichen Aufgaben im Sinne der globalen, nationalen und regionalen Energiewende. Doch die Energiewende darf nicht gefährdet werden. Die Erneuerbaren Energien bedürfen fairer und fördernder Rahmenbedingungen. Sie haben im Rahmen der Daseinsvorsorge die Aufgabe, für die Bürgerinnen und Bürger effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, verlässliches und flächendeckendes Versorgungsangebot von hoher Qualität in den Bereichen Strom, Verkehr und Wärme zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund haben die Akteure der BEE Landesvertretung Berlin Brandenburg folgende gemeinsame Positionen vereinbart:

1. Der Anteil der Braunkohle an der Stromversorgung Deutschlands muss weiter sinken und der Anteil der Erneuerbaren Energien muss entsprechend steigen. Dies ist zwingende Voraussetzung, um die energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Es ist aber auch ökonomische Vernunft. Denn Erneuerbare Energien, insbesondere neue Wind- und Solaranlagen, sind mittlerweile die günstigste Form der Stromerzeugung. Die Strategie muss also lauten: weg von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Erdgas, hin zu den Erneuerbaren Energien und Power-to-X für Strom, Wärme und Verkehr. In der zu novellierenden Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg muss sichergestellt sein, dass die Akteure der Erneuerbaren Energien in die Lage versetzt werden, ihrem politischen Auftrag gerecht werden zu können. Der Ausbau und die Investitionen in die gewünschten Flexibilitätstechnologien werden durch die vielen Hemmnisse wesentlich erschwert. Die novellierte Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg sollte dies berücksichtigen und darf keinesfalls hinter die Ziele der alten Energiestrategie von 2012 zurückfallen.

2. Die Energiewende findet im ländlichen Raum statt. Kommunen muss es daher möglich sein, sich direkt an den Erneuerbaren Energien vor Ort zu beteiligen, zum Beispiel indem sie Pachterlöse durch Grundstücksverpachtung erzielen oder finanzielle Beteiligungsformate für die Bürgerenergieanlagen bereitstellen. Ebenso sollen regionale Wärmenetze etabliert werden, die durch erneuerbare Energie gespeist werden und als Speicher fungieren. Die Erlöse müssen dem Gemeinwohl der Bürgerschaft dienen und im besten Fall der Landflucht entgegenwirken.

3. Das Land Berlin hat ambitionierte Ziele: bis 2050 will Berlin eine klimaneutrale Stadt sein. Neben dem Ausstieg aus der Braunkohle bis 2020 und der Steinkohle bis 2030 zählt auch der Ausbau des Fernwärmenetzes zum Maßnahmenkatalog. Brandenburg ist ein starker Energieerzeuger und war schon immer Energielieferant für Berlin. Die länderübergreifenden Kooperationen müssen verstärkt werden, um Energie „made in Brandenburg“ nach Berlin liefern zu können, sei es in Strom- oder Gasform.

4. Um die klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen, müssen die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Doch Anlagen benötigen Flächen, die zu einem zunehmend knapperen Gut geworden sind und durch steigende gesetzliche Auflagen zusätzlich limitiert werden. Das Land Brandenburg muss genügend Flächen zur Verfügung stellen und das Ersetzen alter Anlagen durch modernere und leistungsstärkere unterstützend begleiten. Ebenso müssen ungehobene Potenziale aus Reststoffen wie Gülle für Bioenergie genutzt werden. Hierzu bedarf es angepasste Rahmenbedingungen.

5. Eine erfolgreiche Energiewende muss gerecht sein. Das ist den Brandenburgerinnen und Brandenburgern wichtig. Die regional unterschiedlichen Strompreise zeugen jedoch nicht davon. Es darf nicht sein, dass Regionen auf der einen Seite viel Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, weil sie die klima- und energiepolitischen Ziele ernst nehmen, und auf der anderen Seite dafür bestraft werden, indem sie höhere Strompreise bezahlen. Die Netzentgelte müssen bundesweit einheitlich sein. Daneben ist eine CO₂-Besteuerung anstelle der momentanen Stromsteuer einzuführen.

6. Um die Akzeptanz für Erneuerbaren Energien zu steigern, sollte dieser Dialog professionell begleitet werden. Brandenburg benötigt dringend ein Informationsportal und beratende Servicestellen für Erneuerbare Energien. Sie beraten die Öffentlichkeit als auch Behörden, Eigentümer, Gemeinden und Planer. Die Servicestellen sind ein wichtiger Baustein zur Kontaktaufnahme der verschiedenen Beteiligten untereinander und zur Unterstützung der Kommunikation miteinander.

7. Im ländlichen Raum ist Mobilität ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens. Hier stecken noch hohe Potenziale für CO₂-Einsparung. Sei es der öffentliche Nah- oder Individualverkehr, durch Infrastruktur für Elektromobilität oder nachhaltige Gasnutzung kann dieses Ziel erreicht werden. Biomethan als technisch etablierter oder synthetisches Gas aus Strom als moderner Energieträger sind in der Strategie einzuplanen. Hier spielt Brandenburg als mit gut ausgebautem Gasnetz versehen und Berlin umfassendes Bundesland eine wichtige Versorgungsrolle.



www.bbenergynetwork.de



www.wind-energie.de



www.biogas.org